

Wer zu früh kommt, den bestraft die Politik

Über ein schulpolitisches Gespräch, das keines war – Chancen vertan?

Die GGG NRW, die Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW, die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW haben Anfang Juni 2018 gemeinsam Bedingungen für eine gelingende Fortführung der Inklusion an Gesamtschulen und Sekundarschulen in NRW veröffentlicht. Ein schulpolitisches Gespräch zum Austausch mit Vertreter*innen der Landtagsfraktionen - vielleicht gar Politikberatung - sollte am 7. Juni 2018 in der Gesamtschule Bockmühle in Essen stattfinden. Sollte!



Michael Schulte

MICHAEL SCHULTE

Ausschlaggebend für das Positionspapier der vier Organisationen war die gemeinsame Sorge, dass die großen Herausforderungen durch Integration und Inklusion, aber auch die Herstellung von Chancengleichheit vor allem von Gesamtschulen und Sekundarschulen bewältigt werden müssen – ohne dass die Politik die hierfür notwendigen Gelin- gungsbedingungen schafft. Man wird nach einem Jahr Regie- rungszeit von Schwarz-Gelb in NRW ja wohl mal nach dem Stand der Dinge fragen dürfen. Zumal im Koalitionsvertrag das vergif- tete Lob zu lesen ist, dass die „langjährigen Erfahrungen der Gesamtschulen im Bereich der Inklusion (...) einen wichtigen Bei- trag zur erfolgreichen Gestaltung

dieser gesellschaftlichen Aufgabe leisten [können]“. Es folgten Sig- nale zum Bildungsauftrag des Gymnasiums. Dieser schließe ziel- differentes Arbeiten nämlich de facto aus. Gefolgt von der Aus- sage, Hauptschulen könnten eine neue Sinnggebung – neben dem des Auffangbeckens nach Ab- schulungen - als Schule für Schü- ler *innen mit Lern- und Entwick- lungsstörungen erhalten und För- derschulen müssten gestärkt und wieder ausgebaut werden. So verfestigen sich schließlich starke Zweifel, ob bei CDU und FDP Inklü- sion drin ist, wo Inklusion drauf- steht.

Diese Zweifel – so ein Erkenntnis- wert des Gesprächs vom 7. Juni – waren und sind mehr als berech-

tigt. Es war erforderlich, Argu- menten entgegen zu treten, die man aus der Zeit der engagierten Debatten der Jahre 2012 und 2013 um das erste Gesetz zur Umsetzung der UN-Behinderten- rechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz) kannte. Und eigentlich für endgül- tig geklärt hielt. Würde NRW zurückkehren zu einem System mit gut ausgebauten Förderschulen als alleinigem Ort der „Beschu- lung“ von Kindern und Jugend- lichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, so wäre der Behin- dertenrechtskonvention Genüge getan, denn dort gehe es nur um Unterricht für diese Kinder und Jugendlichen – egal wo und egal wie. Dass solchen Argumenten vom Podium und aus dem Kreis der Zuhörer*innen entschieden widersprochen wurde, war dann doch eine Art der Politikberatung. Es war aber Politikberatung, auf die wir gern verzichtet hätten.

Eine weitere Erkenntnis bestand darin, dass erneut bestätigt wurde, wie das Zusammenwirken von Exekutive und Legislative in der Schulpolitik in NRW funk- tioniert. Vertreter*innen von Frak- tionen referieren nicht das, was sie wissen und was förderlich für die Fachdebatte im Rahmen eines schulpolitischen Gesprächs sein könnte. Vertreter*innen von Frak-

tionen sagen das, was die Exeku- tive freigibt. Wenn die aktuelle Lage so aussieht, dass das Mini- sterium für Schule und Bildung auf das Finanzministerium warten muss und Schulpolitiker*innen auf die Freigaben durch das Ministe- rium warten müssen, kann ein Fachgespräch schnell zur Farce werden. Natürlich ist koordiniertes Regierungshandeln erforderlich und die Musik spielt nicht im Hohen Haus.

Selten wurde so klar wie am 7. Juni, dass zunächst in der Jäger- hofstraße (Finanzministerium), dann in der Völklingerstraße (Schulministerium), schließlich am Horionplatz (Staatskanzlei, Kabi- nett) und dann am Platz des Landtags entschieden wird. Dass die inzwischen bekannten „Eck- punkte zur Neuausrichtung der Inklusion in der Schule“ in ihrem Kernbestand den Vertretern von CDU und FDP Anfang Juni 2018 bekannt waren, darf unterstellt werden. Es wäre daher gut gewe- sen, hätte man über die Formel 25 – 3 – 1,5 die Festlegungen zur Rolle der Gymnasien und die der Förderschulen im Inklusionspro- zess sowie über die Pläne zu För- derschulgruppen an allgemeinen Schulen engagiert in der Bock- mühle diskutieren können. Es sollte nicht sein. Chance ver- tan!



Info

► Für die Fraktionen hatten teilgenommen:

MdL Martin Sträßer, CDU (i. V. für MdL Frank Rock)

MdL Moritz Körner, FDP (i. V. für MdL Franziska Müller-Rech)

MdL Jochen Ott, SPD

MdL Sigrid Beer, Bündnis 90/Die Grünen

► Von den Verbän- den nahmen u. a. die Landesvorsitzenden teil. Die Veranstaltung war gut besucht. Im Teil- nehmerkreis waren zahlreiche Eltern, Lehrer /innen und Schullei- tungsmitglieder.

Moderation:

Michael Schulte, Landesgeschäftsführer der GEW NRW